

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donners-  
tag und Sonnabend. In-  
scriptionspreis: die kleinstp.  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

**Nr. 16.**

33. Jahrgang.

Sonnabend, den 6. Februar

1886.

### Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen **Christian August Ebert** einge-  
tragene Grundstück, Baugut, Folium 22 des Grundbuchs für Oberstüßengrün,  
Nr. 22 des Brandcatasters, Nr. 58 a des Flurbuchs nebst den dazu gehörigen  
Flurstücken Nr. 6, 128, 129, 132, 133, 134 und 337 des Flurbuchs, geschätzt  
auf **23,450 M.**, soll im hiesigen Amtsgericht, Verhandlungsaal, zwangsweise  
versteigert werden und ist

der **13. März 1886, Vormittags 10 Uhr**  
als Anmeldetermin,

ferner

der **30. März 1886, Vormittags 10 Uhr**  
als Versteigerungstermin,

sowie

der **10. April 1886, Vormittags 10 Uhr**  
als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf dem Grundstücke lasten-  
den Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens  
im Anmeldetermine anzumelden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres  
Rangverhältnisses kann nach dem Anmeldetermine in der Gerichtsschreiberei des  
unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Eibenstock, am 2. Februar 1886.

**Königliches Amtsgericht.**  
Beisitzer.

Grubbe, G. S.

### Bekanntmachung.

Die Grundsteuer pro I. Termin l. 3. ist bis spätestens zum **15. Feb-**  
**ruar a. cr.** an die Stadtsteuer-Einnahme zu bezahlen.  
Eibenstock, am 5. Februar 1886.

**Der Stadtrath.**

Völscher.

Bg.

### Die ostrumelische Frage gelöst.

Unter dem 2. d. hat der Sultan ein Tracte ver-  
öffentlicht, welches das zwischen der Pforte und Bul-  
garien getroffene Abkommen wegen Ostrumeliens be-  
stätigt. Die auf diese Angelegenheit bezüglichen Alten-  
stände sind von dem Großwesir und dem bulgarischen  
Minister Janoff unterzeichnet worden. Den Groß-  
mächten wurde davon durch ein Rundschreiben der  
Pforte Kenntniß gegeben. Es wird ferner mitgeteilt,  
daß in jenem Rundschreiben der Gedanke angeregt  
sei, um die türkisch-bulgarischen Abmachungen zu be-  
stätigen.

Es ist zweifelhaft, ob abermals eine Konferenz  
zusammentreten wird; die Großmächte haben der  
Türkei zu ihren Verhandlungen mit Bulgarien völlig  
freie Hand gelassen und damit schon von vornherein  
ihre Zustimmung zu der zu treffenden Uebereinkunft  
ertheilt. Ist es auch unverkennbar, daß mit der  
neuen Gestaltung der Dinge, d. h. mit der Ver-  
einigung der beiden Bulgarien, die große „orient-  
alische Frage“ noch lange nicht ihre Lösung gefunden  
hat, so dürfte doch der gegenwärtige Zeitpunkt von  
keiner der Mächte als der geeignete erachtet werden,  
um diese Lösung zu beschleunigen.

Ueber den Inhalt des türkisch-bulgarischen Ver-  
trages wird folgendes gemeldet: Der Berliner Ver-  
trag wird von beiden Theilen als in Kraft bestehend  
anerkannt, insoweit derselbe nicht durch die neue  
Ordnung der Dinge geändert wird. Das „organ-  
ische Statut“ (d. h. die Verfassung) Ostrumeliens  
wird verbessert; gewisse Districte im Süden des Lan-  
des, die eine fast ausschließlich mohammedanische Be-  
völkerung haben, bleiben direkt der Türkei unter-  
thänig. Fürst Alexander wird auf fünf Jahre zum  
Gouverneur von Ostrumelien ernannt und der Sul-  
tan kann diese Ernennung erneuern, ohne jedesmal  
der Zustimmung der Mächte zu bedürfen. Fürst  
Alexander dagegen verpflichtet sich zur Vertheilung  
der Türkei.

Somit hat der junge Bulgarenfürst sein Ziel,  
die Vereinigung beider Bulgarien, wenn auch vor-  
läufig nur in der Form einer Personal-Union, er-  
reicht. Man darf sagen, er habe sein Vorhaben  
gegen den Willen von ganz Europa durchgesetzt.  
Denn die Pforte machte Miene, ihre Truppen in  
Ostrumelien einrücken zu lassen, als dort der Auf-  
stand losbrach und der Generalgouverneur verjagt  
wurde; Rußland entsandte den Fürsten aller militä-  
rischen Würden, die dieser in der russischen Armee ein-  
nahm; Oesterreich unterstützte Serbien, damit dieses  
gegen Bulgarien zu Felde zöge; und wenn sich auch  
die übrigen Großmächte nicht direkt gegen den Fürsten  
Alexander erklärten, so würde doch keine von ihnen  
ernstlich Miene gemacht haben, den Thron des Fürsten  
Alexander zu stützen, falls Alexander nicht als Sieger  
aus dem Kampfe mit Serbien hervorgegangen wäre.

Fürst Alexander verdankt seinen großen Erfolg  
nicht etwa nur dem blinden Kriegsglück, sondern weit  
mehr seinem politischen wie soldatischen Muthe, ge-  
paart mit weißer staatsmännischer Mäßigung. Davon  
zeugt auch sein Abkommen mit der Türkei, in welchem  
nur von einer „Personal-Union auf Zeit“ die Rede

ist. Daß der Fürst dabei in Wirklichkeit nicht stehen  
bleiben wird, sondern eine vollständige Verschmelzung  
beider Bulgarien herbeizuführen bestrebt ist, beweisen  
die Anfänge dazu, die er bereits gemacht hat, ehe  
noch das Abkommen mit der Türkei getroffen war.  
So gelten z. B. in Ostrumelien schon seit dem 1.  
Januar (alten Stils) die bulgarischen Gesetze und  
in den nächsten fünf Jahren wird die Verschmelzung  
der beiden Länder sicherlich erhebliche Fortschritte  
machen. Europa aber wird nach wie vor ob dieser  
Verlegung des Berliner Vertrages ein Auge zu-  
drücken.

Interessant ist übrigens, daß Graf Andrassy,  
der Oesterreich auf dem Berliner Kongresse vertrat,  
für ein Bulgarien etwa mit den heutigen Grenzen  
eingetreten war. Er sah voraus, daß ein kleineres  
Bulgarien nicht lebensfähig sei und sich entweder  
Rußland ganz in die Arme werfen oder eine Ver-  
einigung mit Ostrumelien herbeizuführen bestrebt sein  
müsse. Der Lauf der Dinge hat ihm Recht gegeben.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. In der Begründung des im  
Bundesrathe eingebrachten Antrages auf fünfjähr-  
ige Verlängerung des Sozialistengesetzes  
wird dargelegt, wie durch die zweimalige Verlängerung  
des Gesetzes von den gesetzgebenden Gewalten des  
Reichs anerkannt wurde, daß das Gesetz einerseits  
seinem Zwecke erfolgreich gedient hat und andererseits,  
daß seine Fortdauer eine Nothwendigkeit ist. Die  
Sachlage sei seit dem 30. September 1884 dieselbe  
geblieben. Den Gegnern des Gesetzes sei es nicht  
gelingen, in der Nation den Glauben an die er-  
spröchlichen Wirkungen desselben zu erschüttern, und  
es ließe sich auch nicht behaupten, daß diese Wirkungen  
bereits derart dauernd fühlbar seien, daß auf den  
Fortbestand des Gesetzes verzichtet werden könnte.  
Die erhebliche Vermehrung der Reichstagsabgeord-  
neten, die der sozialdemokratischen Fraktion angehören,  
sowie die Ermordung des Polizeiraths Kumpff seien  
Momente, welche für den Fortbestand des Gesetzes  
sprächen. Der Einwand, daß diese Momente gerade  
zeigten, daß das Sozialistengesetz weder das Anschwellen  
der sozialdemokratischen Bewegung, noch die anarch-  
istischen Attentate zu verhindern vermocht habe, sei  
nicht stichhaltig; man könne ein Gesetz nicht verwer-  
fen, weil es den von ihm erwarteten Erfolg nicht  
vollständig erzielt hat, und müsse daneben auch er-  
wägen, daß gegenüber den Zuständen, in welche Deutsch-  
land ohne den Erlaß des Gesetzes vom 21. October  
1878 durch die ungehinderte Entfaltung der Umsturz-  
bestrebungen gerathen sein würde, die heutige, durch  
dieses Gesetz und seine energische Handhabung ge-  
schaffene Lage ungeachtet des nur theilweise erreichten  
Zieles immerhin als eine sehr hoch anzuschlagende  
Verbesserung betrachtet werden müsse. Man werde  
nicht fehl gehen, wenn man annehme, daß, was die  
sozialdemokratische Bewegung an Breite gewonnen,  
sie an Intensität und revolutionärer Energie, wenig-  
stens zum Theil, eingebüßt habe. Die sozialdemo-  
kratischen Wähler verlangten von ihren Vertretern

die ernsthafteste Betheiligung an den Aufgaben der  
legislativen Gewalten, namentlich die zur gesetzgeber-  
ischen Lösung der sozialpolitischen Probleme. Man  
müsse die Hoffnung festhalten, daß vor dem Ernste  
dieser Aufgaben die revolutionären Tendenzen auch  
bei der Parteileitung in den Hintergrund treten, oder,  
wenn dies nicht geschähe, die den Führern blindlings  
folgenden Massen zur Einsicht gelangen würden, daß  
auf dem Wege der gewaltsamen Aenderung der be-  
stehenden staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen  
kein Heil für sie zu erwarten sei. Noch sei aber  
dieser Zeitpunkt nicht gekommen und die verbündeten  
Regierungen könnten die Verantwortung dafür nicht  
übernehmen, jetzt durch den Verzicht auf die Fort-  
dauer des Gesetzes den Agitationen der Umsturzpartei  
wieder die Wege frei zu machen.

— Im Gegensatz zu dem Wunsche des Fürsten  
Bismarck, daß kein Deutscher in den Ostprovinzen  
eine Polin heirathen möge, war mittels Re-  
skripts Friedrichs des Großen nach der ersten Theilung  
Polens 1772 angeordnet, daß die von staatswegen  
dort angesiedelten Unteroffiziere sich schleunigst nach  
Frauen umsehen und zwar nur Polinnen ehelichen  
sollten. Sie sollten ihren Frauen gute und ehrfame  
Ehemänner sein und bloß darauf halten, daß in ihrem  
Hause nie anders als deutsch gesprochen werde; ver-  
suchte aber die eine oder die andere Frau sich dessen  
zu weigern, so mögen ihre Ehemänner in Gottes  
Namen nicht vergessen, daß sie einst in Königs Diensten  
auch den Unteroffiziersstock gehandhabt hätten.

— Ueber die Person des neuen Erzbischofs  
von Osnabrück-Posen ist zwar eine Einigung  
zwischen dem Papste und der preussischen Regierung  
erzielt worden, doch ist die förmliche Ernennung noch  
nicht erfolgt und die Möglichkeit, daß diese auf  
Schwierigkeiten stoße, ist in dem Umstande gegeben,  
daß die Zustimmung des Papstes zu der Berufung  
eines Erzbischofs, welcher nicht polnische Nationalität  
ist, allem Anscheine nach eine bedingte ist, nämlich  
von der Voraussetzung abhängig, daß auch hinsichtlich  
der über die Erziehung der Geistlichen von der preuß-  
ischen Regierung dem Landtag zu machenden Vorlage  
zwischen Berlin und Rom ein Einverständnis erzielt  
werde. Die „Germania“, deren Nachrichten in dieser  
Angelegenheit wegen der scharfen Kampfstellung des  
Vlatkes Zweifel unterliegen, bringt aus Rom eine  
ungünstige Mittheilung. Dieselbe geht dahin, daß  
der Papst mit der preussischen kirchenpolitischen Vor-  
lage durchaus unzufrieden sei. In Folge dessen habe  
in vatikanischen Kreisen die pessimistische Stimmung  
sehr überhand genommen.

— Dressirte Hunde in den Dienst des  
Heeres zu stellen, wird nach Mittheilungen des  
„Hannov. Cour.“ gegenwärtig in Goslar versucht.  
Dort sind auf dem Hofe der Domkaplane mehrere  
Hunde untergebracht, welche zu militärischen Zwecken  
abgerichtet werden sollen. Auch in anderen Garni-  
sonen soll ein Versuch mit einer derartigen Dressur  
gegenwärtig gemacht werden, gemäß einer Weisung  
des Generalkommandos. Wie man hört, sollen die  
so dressirten Hunde u. A. den außerhalb der Ort-  
schaften stehenden Wachtposten beigegeben werden.

Strobelst bla-  
or Schindler  
ger hier.  
anne Emilie  
lt. 26) Des  
Constantin  
ichten Louise  
ahre 6 Mo-  
rich Schön-  
l. 29) Der  
hier Sohn,  
Des Buch-  
Frieda, 1  
ers Heinrich  
Monate 13  
liger hier

uch,

eimischen  
zur Auf-  
büglichten  
— und

Kauf-  
Sticker,  
Buch-  
Steno-  
ist im  
n, sucht  
derweit

13 an  
eten.

US.

atabend:  
Vorm.  
n Well-  
frische  
erkrant,  
ergebenf

er.

hr gute

n,

ru und

billigen

einz.

ut.)

9

Rou-

en“.

wird

elvers-

reter

st er-

ndolf

it

geln

el.

Cor-

utem

Be-

preis-

zig.“

glich

ct

an

glaf-

aben

uf-

Be-

m.

los

—

—

—